Heute „Welt-Spiegel"

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 25 Goldpfennig.

Erscheint wöchentlich zweimal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „ULK", „Haus Hof Garten". Bezugspreis: wöchentlich 1,25 Goldmark einschließlich Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 Goldmark monatlich exklusive Zustellung, Ausland ausschließlich Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Deutschösterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Italien, Luxemburg, Frankreich, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 3440—3455, für den fernentfernten 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berliner", Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1 Goldmark. Die Aufnahme von Anzeigen zu bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 106; Potsdamer Straße 38; Zimmerstraße 50; Königstraße 35/37; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Kopenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 236 und 346; Büchsenstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 14; Greifswalder Straße 197; Fennstraße 1; Müllerstraße 135; Badstraße 61; Rheinsberger Straße 79; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kantstraße 54; Scharrenstr. 39; Zürenberger Straße 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 19; Halensee-Grunewald: Hennigsplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 90/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 14; Schöneberg: Hauptstraße 29/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 150; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Kriillstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 68; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cüstrin: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschlesiewerder: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 6.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 342
Ausgabe für Berlin

53. Jahrgang
Sonntag, 20. Juli 1924

Hughes über den Dawes-Bericht.

Die Beschlüsse des Sanktionsausschusses.

Einstimmige Annahme.

Das amerikanische Kompromiß. — Kein Aufgeben der französischen Sonderforderungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 19. Juli.

Der erste Ausschuß ist heute um 10 Uhr vormittags zusammengetreten und hat seine Tagung bis zum Abend fortgesetzt. Der zweite Ausschuß versammelte sich um 10 Uhr 30 Minuten, ging dann auseinander und trat um 3 Uhr 30 Minuten aufs neue zusammen. Der große Erfolg des Tages ist, daß der erste Ausschuß, der sich mit der Entscheidung über deutsche Verstöße und eventuelle Zwangsmaßnahmen zu beschäftigen hatte, seine Arbeiten abgeschlossen hat und zu einer **einstimmig angenommenen Entscheidung gelangt ist.** Wie ich aus guter Quelle erfahre, soll diese Einigung sich auf folgender Linie bewegen: **Die Alliierten verpflichten sich, keine Sanktionen zu ergreifen, die die Sicherheit der deutschen Anleihe und des Zinsendienstes gefährden könnten. Im Falle aber, daß Sanktionen ergriffen werden sollten, werden die Erträge dieser Sanktionen in erster Linie für den Zinsendienst der Anleihe verwandt werden. Dagegen scheint es, daß die Franzosen ihre Forderungen auf ein separates Vorgehen nicht aufgegeben haben.** Diese Vereinbarung würde ungefähr der Youngschen Einigungsformel entsprechen. In hiesigen politischen Kreisen hat der überraschende Abschluß der Arbeit des Ausschusses einen sehr günstigen Eindruck hervorgerufen. Besonders in den amerikanischen Kreisen herrscht heute wieder eine optimistischerische Stimmung vor.

Was den ersten Teil des ersten Ausschußberichts betrifft, nämlich die Entscheidung über die Instanz, die die etwaigen Verstöße gegen den Dawes-Bericht festzustellen hat, so bestanden hierüber keine Meinungsverschiedenheiten mehr, nachdem Oberst Logan seine bekannten Erklärungen über den Eintritt eines amerikanischen Bürgers in die Reparationskommission abgegeben hat.

Der amerikanische Staatssekretär Hughes ist heute an Bord der „Berengaria" in Southampton gelandet. Er bemerkte zu einigen Vertretern der englischen Presse, daß sein Besuch, der gänzlich inoffizieller Natur sei, der Versammlung der Anwaltskammer gelte. Als Präsident der amerikanischen Anwaltskammer freue er sich, seine englischen Kollegen begrüßen zu können. Ueber die Haltung Amerikas zum Dawes-Bericht befragt, erwiderte Hughes: „Das amerikanische Volk und die amerikanische Regierung sind sehr daran interessiert, den Dawes-Bericht in die Wirklichkeit umzusetzen. Wir in der Regierung halten ihn für eine gesunde Grundlage der wirtschaftlichen Erholung Europas. Die amerikanische öffentliche Meinung steht durchaus hinter dem Dawes-Bericht und glaubt, daß seine Ausführung von großer Bedeutung für den künftigen Weltfrieden ist. Hoffentlich wird es möglich sein, ihn bald auszuführen." Hughes wurde darauf gefragt, ob der Dawes-Bericht nach seiner Ansicht modifiziert werden und trotzdem gleiche Wirkung haben könne. Hughes entgegnete darauf, er könne sich hierüber nicht auslassen, doch könne er sagen daß die **amerikanische öffentliche Meinung für den Dawes-Bericht sei, so wie er jetzt dasteht,** und daß die rasche Ausführung des Dawes-Berichts von großer Bedeutung sei.

Staatssekretär **Hughes wird morgen abend mit MacDonald zusammentreffen.**

Auch in denjenigen Kreisen, die der Londoner Konferenz skeptisch gegenüberstehen, gibt man zu, daß die Konferenz wenigstens bis jetzt gute Fortschritte mache. Das Verdienst hieran schreibt man in erster Linie den Amerikanern zu, deren über Erwarten rege Teilnahme an der Konferenzarbeit das Charakteristikum der Konferenz bildet. Was über die Interna der Konferenz durchsickert, bestätigt, daß die Amerikaner die Atmosphäre der geschäftsmäßigen nüchternen Klarheit um sich verbreiten, und daß sie immer wieder auf den geschäftlichen Charakter des Dawes-Gutachtens hinweisen. Die politischen Erörterungen rücken nach Möglichkeit in den Hintergrund, und dort, wo die Meinungen hart aufeinanderstoßen, sind die Amerikaner mit Vermittlungsvorschlägen rasch bei der Hand. Man hat deshalb im Scherz gesagt, die ganze Konferenz finde zwischen Kellogg und Herriot statt. Man hat die Konferenz in zwei Teile zerlegt: zunächst in die Konferenz der Ausschüsse, in denen die Politiker und Sachverständigen der Konferenzländer um eine Einigungsformel ringen, dann in die Konferenz der „großen Fünf", die sich bei dieser Konferenz nach berühmtem Muster aus den Persönlichkeiten MacDonald, Herriot, Kellogg, Theunis und de Stefani zusammensetzen. Die Konferenz der „großen Fünf", über die nichts an die Oeffentlichkeit dringt, tagt in Frühstückszimmern und Klubs zu ungewöhnlichen Tageszeiten und ohne jede Formalität. Das englische Wochenende, das sich stärker als die Konferenz erwies, gibt weitere Gelegenheit für diese zwanglose Unterhaltung der Staatshäupter, für die MacDonald eine Vorliebe zu haben scheint. So wird der Arbeitsstoff der Ausschüsse gleichzeitig von den Delegiertenführern durchgearbeitet, so daß, wenn einmal die Berichte der Ausschüsse vorliegen, die Vollsitzung der Konferenz verhältnismäßig rasch zu einem Ergebnis gelangen kann. Dementsprechend will auch MacDonald die Vollversammlung nur dann einberufen, wenn die Ausschüsse so weit wie möglich greifbare Ergebnisse erzielt haben.

Die Frage ist jetzt, wie viel die Ausschüsse schon aufgearbeitet haben. Hier können zunächst die Arbeiten des dritten Ausschusses, der über die Verwendung der deutschen Sachleistungen zu beraten hat, als so gut wie abgeschlossen gelten.

Die Sanktionsfrage, die der erste Ausschuß behandelt, steht auch im Mittelpunkt der Arbeit des zweiten Ausschusses, nur daß es sich hier nicht um die zukünftigen, sondern um die Beseitigung der gegenwärtig bestehenden Sanktionen handelt, das heißt um die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Mit dieser Frage aber kommen die Alliierten zu dem vielleicht schwierigsten Problem der ganzen Konferenz, nämlich zu der französisch-belgischen Eisenbahnregie im besetzten Gebiet. Auch hier weigert sich Frankreich, sein rechtwidriges Eingreifen in das rheinische Eisenbahnnetz aufzugeben und erhebt Anspruch auf die Zurückbehaltung eines französischen Eisenbahnstabes von dreitausend Mann.

Ob und wann **Deutschland** zu der Konferenz hinzugezogen wird, ist noch gänzlich unentschieden, denn die Alliierten stehen auf dem Standpunkt, daß sie erst untereinander einig sein müssen, ehe mit den kontradiktorischen Verhandlungen mit Deutschland begonnen werden kann. **Die Frage aber ist, ob man nach Herstellung der Alliiertenfront wirklich kontradiktorische Verhandlungen mit Deutschland führen wird.** Hiervon aber hängt wie die hiesige Presse immer wieder betont, das endgültige Ergebnis der Konferenz ab.

Frankreichs „Recht auf die isolierte Aktion".

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L **Paris,** 19. Juli.

Die Sachverständigen der zweiten Kommission haben das von Seydoux und Bellegarde ausgearbeitete Projekt der progressiven Räumung geprüft. Nach dieser Meldung des „Temps" scheint bis jetzt die angekündigte Einigung also noch nicht erfolgt zu sein. Die nationale „Liberté" ist noch deutlicher. Sie erklärt, daß Frankreich weitere Konzessionen nicht machen könne, und beschwert sich bitter über das Mißtrauen der englischen Freunde. Der Außenpolitiker dieser Zeitung, Wainville, zitiert als eine „grausame Wahrheit" ein Urteil Eugen Langiers über die von Amerika souffliierten französischen Kompromißvorschläge: „Die „isolierte Aktion" ist nichts, als ein Symbol, **da kein Mensch in Frankreich an die Möglichkeit glaubt, noch einmal die Besetzung zu unternehmen,** und da viele Franzosen vernünftigerweise dazu entschlossen sind, einen so gefährlichen Versuch zu vermeiden. Die in London gewählte Methode erinnert an die Art der alten Gallier, die kein größeres Vergnügen kannten, als Pfeile in die Luft zu schießen." Wainville bemerkt dazu: „Das ist leider wahr. Die beiden Auguren Herriot und MacDonald haben sich verstanden. Die amerikanische Idee verschafft der französischen Delegation einen rein formalen Erfolg und erlaubt Herrn Herriot, seinem Vorgänger Poincaré eine Antwort zu geben, die gar nichts bedeutet. **Wir erhalten das Recht, in späterer Zeit einmal wieder die Ruhr zu besetzen,** obgleich es bereits beschlossen ist, daß wir sie aufgeben werden, um niemals zurückzukehren." Nach den übereinstimmenden Meldungen aus London sind die französischen Berichterstatter sehr unzufrieden, weil von Herriot und seinen Mitarbeitern nichts über die Konferenz zu erfahren ist. Herriot wurde von seinen Landsleuten im „Hyde-Park-Hotel" bestürmt, wenigstens zu sagen, ob er Optimist oder Pessimist sei. Er antwortete lächelnd: „Keines von beiden. Der einzige in diesem Stadium mögliche Beobachter der Konferenz müßte aussehen, wie eine Fieberkurve an einem Krankenbett, die sich stündlich verändert. Jede Stunde bringt neue Eindrücke. Ich sage nichts, damit kein Wort von mir falsch ausgelegt werden kann, wie es nach Chequers geschehen ist!"

(Siehe auch Seite 2.)

Amerika und die Londoner Konferenz.

Von **Bernhard Dernburg.** [Nachdruck verboten.]

Den politischen Aufgaben Europas stehen die Vereinigten Staaten trotz, oder vielleicht gerade wegen ihrer Teilnahme an Krieg und Friedensschluß scheu und ablehnend gegenüber. Die Art, wie das große Land sich in den Krieg verwickeln ließ, der Mißerfolg, die amerikanischen Ideale im Frieden zu verwirklichen, und die Erkenntnis, daß es von seinen eigenen Alliierten in wichtigsten Dingen hinter das Licht geführt und von ihnen für nicht zu billigende Ziele ausgenutzt worden ist, haben jene alte Warnung George Washingtons „Keep out of foreign entanglements" (bleibe frei von Verwicklungen des Auslands) wieder in den Vordergrund politischen Denkens geschoben. Das hat die Vereinigten Staaten nicht gehindert, in großzügiger Weise dem Mitgefühl für die durch den Krieg am härtesten betroffenen Personen praktischen Ausdruck zu geben, und es sind keineswegs rein nationalwirtschaftliche oder privatprofitliche Gründe, die Amerika jetzt zu großen Gelddarlehen bereit sein lassen. Hier spielt neben dem allerdings noch stark unterbewußten Empfinden, daß auch die Vereinigten Staaten an dem europäischen Unglück und an dem Scheitern der wichtigsten, eine Milderung des Gewaltfriedens ermöglichenden Friedensbedingungen nicht ohne Schuld sind, der Gedanke erheblich mit, daß es eine sittliche Aufgabe des wirtschaftgewaltigsten Landes der Welt sei, an seinem Ende zum Wiederaufbau Europas im Wege der Stützung Deutschlands beizutragen. Aber die Grundbedingung bleibt, daß damit keine Wahrscheinlichkeit geschaffen wird, in „foreign entanglements" hineinzugeraten, das heißt ein friedensgesichertes Europa ist und bleibt die Grundvoraussetzung der amerikanischen geldlichen Mitwirkung.

Diese Tendenz zieht sich wie ein roter Faden durch Amerikas Politik. Die erste Folge der französischen Ruhrpolitik war die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland, und im Dawes-Report ist sie aller Enden zu spüren, wenn er auch — wegen der Umrissenheit seiner Aufgabe — Exkursionen auf das politische Gebiet vermeidet. Bei der Durchführung des Berichtes muß diese Tendenz aber wieder absolut klar in die Erscheinung treten. Solange eine französische Gewalt- und Nadelstichpolitik die europäische Welt in einem Spannungs- und Halbkriegszustande hält, muß und wird sich Amerika versagen.

Stand aber Amerika bisher beiseite, weil es die europäischen Zustände nicht befriedigten, so hat sich seine wirtschaftliche Lage inzwischen so gestaltet, daß es ein erhebliches Interesse daran hat, an der Ausräumung der den politischen und wirtschaftlichen Frieden der Welt gefährdenden Hindernisse aktiv mitzuarbeiten. Das erklärt die Teilnahme Amerikas an der Londoner Konferenz mit einem ganz ungewöhnlichen Aufgebot gewichtiger und entscheidender Persönlichkeiten. Zwei Botschafter, Kellogg und Houghton, nehmen offen an der Konferenz teil, zwei Kabinettsmitglieder, der Außenminister Hughes und der Finanzminister Mellon, die „zufällig" in London sind, geben aus der Kulisse Hilfsstellung; der „unoffizielle Beobachter" bei der Reparationskommission, General Logan, ist ebenso anwesend wie das wohl aktivste Mitglied der Dawes-Kommission, Owen D. Young, Präsident der amerikanischen A. E. G. Dazu noch Mitglieder der Hochfinanz, wie der Morgan-Partner Lamont.

Denn an den Dawes-Bericht knüpft sich nicht nur ein wirtschaftliches amerikanisches Interesse, sondern ein nicht unwesentliches innerpolitisches Interesse und eine erhebliche Prestigefrage.

Zunächst, welches ist das wirtschaftliche Interesse, das die Vereinigten Staaten veranlaßt, aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten? Die wirtschaftliche Welt- und Machtstellung der Vereinigten Staaten hat sich durch den Weltkrieg grundlegend verändert. Eine kürzliche Veröffentlichung der Bankers Trust Co. in Buchform berechnet, daß während der letzten zehn Jahre die Auslandsverschuldung der amerikanischen Wirtschaft von sieben Milliarden Dollars auf vier Milliarden Dollars zurückgegangen ist, dafür dagegen die Auslandsforderungen der Privaten auf 7½ Milliarden Dollars gestiegen sind, wozu noch die Staatsforderungen der Vereinigten Staaten an ihre europäischen Associierten von über 12 Milliarden Dollars treten. Aus einem Schuldnerland ist Amerika zu einem Gläubigerland ersten Ranges geworden. Nun ist ja ein Teil der Staatskredite das, was man mit einem sehr bezeichnenden Ausdruck in Amerika „gefrorene" Kredite nennt; weder Frankreich, noch Italien, noch Rußland zahlen zurzeit Zinsen und Amortisationen. Aber